

weittragende Folgerungen daran geknüpft. Ich habe erklärt, daß es für die Regierung unzweifelhaft erscheine, daß das hohe Haus nicht geneigt sein möchte, auf einzelne Steuerprojekte einzugehen, daß es aber nicht möglich sei, mit einer allgemeinen Steuerreform vorzugehen. Wenn ich dabei von der Stimmung des Hauses gesprochen habe, so habe ich damit selbstverständlich die Ansichten der Mehrheit des Hauses gemeint, denn dadurch erhält die Regierung eine festere Basis für ihr Vorgehen, als durch Verhandlungen mit einzelnen Mitgliedern wenn auch dieser letztere Weg nicht ganz ausgeschlossen werden soll. Die andere Frage, welche der Vorredner bei diesem Punkte anregte, die Einrichtung von verantwortlichen Reichsbehörden, ist eine sehr wichtige, die ohne gründliche Verfassungsänderung nicht erledigt werden kann. Nach der jetzigen Lage trägt der Reichstagler die Verantwortung auch dafür, daß jetzt kein Steuerprojekt vorgelegt worden, sondern eine Erhöhung der Matrikular-Beiträge in Aussicht genommen ist, so weit sich nicht im Laufe der Verhandlungen andere Mittel zur Deckung ergeben sollten. Wenn der Finanzminister Camphausen hier zur Stelle wäre, so würde er es ebenso wie ich für unmöglich erklären, neue Steuerprojekte vorzulegen, ohne daß man zuvor weiß, welche Aufnahme dieselben im Hause finden werden. Jedenfalls war es unberechtigt, daß der Vorredner aus meinen Ausführungen einen außerordentlichen Mangel an Selbstständigkeit bei der Reichsfinanzverwaltung deduzirte; ich habe nicht sagen wollen, daß die Regierung ihre Initiative bei der Steuerreform abhängig mache von der Stimmung des Hauses; sie wird die Initiative ergreifen, wenn die Zeit dazu gekommen ist. Gegenwärtig liegen die Dinge aber so, daß die Reichsregierung nicht vorgehen könnte, ohne die Stimmung des Hauses zu kennen. Sie hat aus der Rede des Abg. Lasler einen Anhaltspunkt dafür gewonnen, auf welche Stimmung sie bei der Mehrheit des Hauses rechnen kann.

Die Abg. Richter und Dr. Wehrenpennig beantragen mehrere Kapitel, hauptsächlich aus dem Etat des Reichsheeres und der Marineverwaltung, sowie die Matrikularbeiträge, zur Vorberathung in die Budgetkommission zu verweisen. Die Abg. Richter (Hagen) und Nieper fügen diesen Kapiteln noch mehrere andere hinzu.

Abg. v. M a l s a h n - G ü l t z : Der diesjährige Etat ist eine Grenzmarke zwischen der Zeit des Überflusses und der Zeit der Knappheit, zwischen ungewöhnlicher und gewöhnlicher Zeit; das ist äußerlich schon daran erkennbar, daß wir der Schlufabrechnung der Kontributionsüberüberschüsse gegenüberstehen. Die Zeit der Spezialfonds ist zu Ende, es kommt jetzt die Zeit der Anleihen. Der Etat zeigt eine materielle Unterbilanz von 24,000,000 M., denn von einem Defizit kann bei dem Reichshaushaltsetat eigentlich nicht gesprochen werden. Diese niedrige Unterbilanz ist das Resultat des abweichen den Verfahrens bei der Veranschlagung der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, dessen finanzieller Effekt sich auf 6 bis 7,000,000 M. beläuft. (Abg. N i c h t e r - H a g e n : Nein!), so daß sich ohne diese Abänderung die Unterbilanz auf 30—31,000,000 M. erhöhen würde. Meine Freunde tragen Bedenken, ob sich das neue Verfahren einer Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme für die Veranschlagung der Zölle und Verbrauchssteuern bewähren wird. Da eine so hohe Unterbilanz zu decken ist, wird es unsere erste Pflicht sein müssen, alle Mehrforderungen genau zu prüfen; aber große finanzielle Ergebnisse verspreche ich mir von dieser Prüfung nicht. Wir werden die Notwendigkeit der Errichtung einer Bibliothek beim Reichsgesundheitsamte, der schnellen Ausdehnung unseres Telegrafennetzes und einzelner Bauten in Erwägung ziehen; die Hauptforderung bei der Militärverwaltung, der 13. Hauptmann bei jedem Regimente, wird in diesem Jahre kaum noch abgelehnt werden können, und ich freue mich, daß aus der Rede des Abg. Lasker eine größere Geneigtheit für diese Forderungen hervorgeht. Können wir nun einzelne Ausgaben auf Spezialfonds abwerfen, wie dies der Abgeordnete Richter vorschlägt? Mit dem § 3 dieses Antrages erklären wir uns einverstanden, daß nämlich die Zinsen des Parlamentsgebäudefonds in den Etat eingestellt werden; denn wir haben nie eine besondere Schwärmerei für monumentale Bauten und natürlich nicht für ein monumentales Reichstagsgebäude gehabt. (Heiterkeit.) Wir befinden uns hier ganz wohl und wünschen ein weiteres Anwachsen des Fonds nicht, weil wir dessen Verwendung noch nicht absehen. Den § 1 des Richter'schen Antrages, Übertragung sämtlicher Kriegspensionen auf den Reichsinvalidenfonds will ich nicht von vornherein ablehnen, weil ich die Wirkung derselben noch nicht genau übersehen kann; jedenfalls wird er in der Budgetkommission genauer zu prüfen sein. Unbedingt muß ich mich aber gegen den § 2 erklären, der auf den Invalidenfonds noch Schuldentlastungen und Ausgaben für Marine und Telegraphenzwecke anweisen will. Dadurch würde sich eine Erleichterung des Reiches nicht ergeben; denn ob Reichsobligationen oder Papiere aus dem Invalidenfonds veräußert werden, ist ziemlich gleich, und beides augenblicklich äußerst müßlich; denn aus den Zinsen und der Amortisationsquote des Kapitals können derartige Ausgaben nicht gemacht werden. Eine Erhöhung der Einnahmen des Reiches ist nur zu erzielen durch eine Erhöhung der Steuern oder Matrikularbeiträge; zu bedauern ist für den Reichshaushalt, daß der Anteil des Reiches an der Reichsbank nicht höher bemessen ist. Ein besonderer Freund der Matrikularbeiträge bin ich nicht; wenn die Regierung deshalb neue Reichssteuern verlangt, so werde ich sie annehmen, wenn sie mir zugestellt. Das Vorschläge dazu aus dem Hause gemacht werden sollen, kann ich nicht billigen; denn die Regierung ist der einzige Faktor, der genügendes Material für derartige Vorschläge besitzt. Falls aber ein anderer Vorschlag nicht kommen sollte, würde man die Matrikularbeiträge erhöhen müssen. Ich bitte Sie schließlich das Kapitel 1 der Einnahmen (Zölle und Verbrauchssteuern) der Budgetkommission zu überweisen, damit dieselbe genau prüfe, inwieweit das neue Verfahren der Veranschlagung dieser Einnahmequelle sich zu dauernder Anwendung empfiehlt.

ernder Anwendung empfiehlt.

Abg. Richter (Hagen): Wir haben im Gegensatz zu dem Präsidenten des Reichskanzleramtes den Abg. Lasker dahin verstanden, daß er glaubt, nicht nur der Steuerreformplan im Ganzen, sondern auch Deckungsvorschläge für das einzelne Etatsjahr dürfen nicht aus der Initiative, aus der Stimmung des Hauses hervorgehen. Ich bleibe dabei stehen: ein Etat, der keine vollständigen Deckungsvorschläge enthält, ist überhaupt kein Etat, ist nicht vollständig. Der Abg. v. Maltzahn-Güls hat schon entgegnet, daß nur die Regierung im Besitz des gemalten einschlägigen Materials im Stande sei, eine sachgemäße Vorlage zu machen. Will man uns die Initiative überlassen, dann müßte folgerichtig die Reichsfinanzverwaltung dem Vorsitzenden unserer Budgetkommission zur Ausarbeitung der Vorschläge unterstellt werden. Die Initiative in Finanzsachen trägt nur dann eine Bürgschaft für ihre Richtigkeit in sich, wenn sie von der vollen Verantwortlichkeit in Bezug auf die Ausführung dieser Vorschläge getragen wird. Deshalb ist eine parlamentarische Regierung, wie sie der Abg. Lasker erwähnt hat, gerade in Finanzsachen dringend erforderlich. Der Abg. Lasker hat hier sicherlich nicht, wie der Präsident des Reichskanzleramts glaubt, an das Surrogat einer parlamentarischen Regierung, durch private Abmachung der Minister mit den Führern der Majorität gedacht, obgleich solche Vorgänge stattgefunden haben. Was uns jetzt geboten wird, ist weniger parlamentarische Regierung, als vielmehr Anarchie, wenn man erwartet, daß aus der Mehrheit des Hauses ein Finanzplan auftaucht, der den mangelhaften Plan der Regierung ergänzt und daß dieser Plan die Mehrheit des Hauses und des Bundesraths findet. Dadurch wird das ganze konstitutionelle System auf den Kopf gestellt. Statt daß wir die Regierung kritisieren, kritisirt die Regierung unser Vorlage. Der Abg. Lasker hat, von ähnlichen Erwägungen geleitet, im Namen seiner Partei erklärt, daß verantwortliche Minister im Reiche eine der dringendsten Forderungen der praktischen Politik sei. Ich hoffe, daß die Herren nun auch einen dahingehenden Antrag stellen werden; unserer Unterstützung sind sie darin vollständig sicher. Wir haben nur deshalb hierin nicht die Initiative ergriffen, weil wir ungewiß waren, ob sich für einen solchen Antrag eine Majorität finden werde und wir den Antrag nicht der Gefahr der Ablehnung aussetzen wollten. Warum schließt die Regierung aber in diesem Jahre sich nicht der Finanzpolitik an, welche sie in den letzten zwei Jahren in Uebereinstimmung mit dem Reichstage und auf dessen Initiative befolgt hat? Hat sich diese

Politik nicht bewahrt? Sei es, wenn wir jetzt zu der von der Regierung geforderten Erhöhung der Matrikularbeiträge kommen, haben wir doch vor zwei Jahren die gleiche Erhöhung der Matrikularbeiträge und im vorigen Jahre die neuen Steuern erlassen, ohne daß die Finanzverwaltung in Unordnung gerathen ist. Im Gegentheil, wir sind uns über das Maß der vorhandenen Mittel zu größerer Klarheit gelangt. Ist nun diese Politik etwa am Ende ihrer Wege angelangt? Nein, um die Erhöhung der Matrikularbeiträge zu vermeiden, hätte die Regierung nur die durch unsere Resolutionen, Gesetzesbestimmungen und andere Anregungen bereits im vorigen Jahre für diesen neuen Etat gewiesenen Wege zu betreten brauchen. Hatte die Regierung keine eigenen Gedanken, so brauchte sie nur die ihr im vorigen Jahre nahe gelegten Gedanken zur Ausführung zu bringen. Das Jahr 1876 schließt noch immer mit einem Überschuß von über 6 Millionen ab. Hat das laufende Quartal wirklich ein Defizit und zwar von zwei Millionen, so liegt dies an den ungünstigen Kalendermonaten dieses Quartals. Überdies sind ja die Erfüllung für überflüssig gewordene Naturalbestände der Militärverwaltung aus der Pauschquantumswirtschaft zur Stelle. Die Budgetkommission hat diese Bestände im vorigen Jahre entdeckt und sie ausdrücklich für spätere Jahre zur Verwendung zurückgelegt. In den letzten Abschüssen liegt also durchaus kein Symptom für den Rückgang unserer Finanzverhältnisse. Wie gesagt, brauchte die Regierung nur den ihr im vorigen Jahre gewiesenen Weg zu betreten, um eine Erhöhung der Matrikularbeiträge zu vermeiden. Nur infofern hat die Regierung unserer Anregung nachgegeben, als jetzt Zölle und Verbrauchssteuern nach einer der Wirklichkeit näher kommenden Methode veranschlagt sind. Immerhin bleibt der Etatsansatz dieser Einnahmen noch hinter den wirklichen Einnahmen von 1876 zurück. Beim Invalidenfonds forderte die Regierung eine Resolution des Hauses ausdrücklich auf, die entbehrlichen Aktivbestände zu ermitteln und für dieses Jahr Verwendungsvorschläge zu machen. Die Übernahme der älteren Pensionen wurde von uns bereits im vorigen Jahr beantragt. Unter Annahme jener Resolution fand sich das Haus mit diesem Antrage ab und lehnte ihn damals ab. Nun haben wir diesen Antrag erneuert. Inzwischen hat die Regierung selbst ermittelt, daß für die Zwecke des Invalidenfonds 107 Millionen Kapitalbestände in demselben entbehrlich sind. Die Übernahme der Pensionen verzehrt noch nicht 50 Millionen Kapital. Es ist daher richtig nach § 2 unseres Antrags, 55 Millionen für Zwecke zu verwenden, für welche wir nach dem Vorschlag der Regierung Anleihen aufnehmen sollen. Wer seine Schulden bezahlt, verbessert seine Güter. Nur um am Zins eine Kleinigkeit zu ersparen, nimmt selbst ein Privatmann nicht Hypothekengulden auf, um sich sonst entbehrliches Kapital unverwendet zu lassen. Der Invalidenfonds muß nach unseren Beschlüssen ohnedies seine Eisenbahn-Prioritäten bis 1880 verkaufen. Ob er nun den Erlöss zum Ankauf von Reichsbölibationen verwendet oder zu Zwecken, wodurch die Ausgabe dieser Obligationen überhaupt erwartet wird, macht einen Unterschied nur in Bezug auf die Zinsen. Wenn der Invalidenfonds solche Zinseinnahmen für seine Zwecke nicht bedarf, ist es nicht richtig, den Reichshaushalt mit Zinsausgaben jetzt weiter zu belasten. Unseren, aus dem vorigen Jahre stammenden § 1 wollen Sie in diesem Jahre anscheinend annehmen. Wenn Sie etwa § 2 erst im nächsten Jahr annehmen wollen, so rathe ich doch, es gerade jetzt zu thun, da die Ausführung gerade jetzt leichter und dringender ist. Den Kostenanschlag für das Reichstagsgebäude wollen wir keineswegs mit dem Abg. Lasker dem Architekten überlassen. Allzuviel soll das Gebäude auch nicht kosten; schon liegen 28½ Millionen bereit. Unter diesen Umständen ist es nach § 3 unseres Vorschlags wenigstens für dies Jahr gerechtfertigt, die Zinsen von diesem Kapital in den Etat einzufallen. Auf die Ersparnisse am Münzgeschäft komme ich erst im nächsten Jahr zurück. Für dieses Jahr will ich der raschen Einziehung der Thaler und der Besteitung des Verlustes hierbei keine Hindernisse bereiten. Dem Abg. v. Malzahn-Gült entgegne ich in Bezug auf die Reichsbank, daß die hier veranschlagte Einnahme den Aktionären nur 5½ Prozent Dividende verspricht, ein für die mit 130 bezahlten Aktien sehr mäßiger Gewinn. Im Vorübergehen bemerke ich, daß die Zinseinnahmen um 1½ Million zu niedrig, die Pensionsausgaben um 1 Million Mark zu hoch veranschlagt sind. Nach den im vorigen Jahre auf unsere Initiative erlassenen Gesetze sollten die Zinssparnisse aus vorübergehender Belegung der französischen Kriegskontribution, soweit darüber nicht bestimmt ist, als Deckungsmittel auf diesen Etat gebracht werden. (Nedner weist ausführlich nach, daß dies bei verschiedenen Posten nicht geschehen ist und man zu Lasten dieses Etats überflüssige Kapitalien bei Seite gelegt hat.) Die Nachweisung über die französische Kriegskontribution ist geschickt arrangirt, aber auch nur das, sie hört auf, wo die Rechnung über den Norddeutschen Bundesfonds beginnt. Schon im vorigen Jahre machte ich auf die entbehrlichen Bestände aufmerksam, welche dort vorhanden sein müssen. Seitdem sind 24 Millionen Mark verteilt. Nach meiner Schätzung müssen aber noch mindestens 20 Millionen Mark auf diesem Konto entbehrlich sein. In Bezug auf die Mehrkosten der Okkupationsarmee im Elsaß differirt der Anschlag mit den Rechnungen um 20 nicht ausgelärtete Millionen. Bei dem Konto V, Nr 1 bis 7 des Gesetzes vom 8. Juli 1872 sind unter den aufgeföhrten 120 Millionen 15 vom Reichstag noch nicht bestimmt. Im vorigen Jahre sprach ich von 90 Millionen aus der französischen Kriegskontribution, deren Bestimmung nicht klar sei. Nach den inzwischen gemachten Verwendungen und Vertheilungen bleibe ich dabei, daß dasselbe jetzt auch in Bezug auf 50 bis 60 Millionen Mark zutrifft. Unter diesen Umständen haben wir keine Veranlassung, davon abzusehen, daß die Zinseinnahmen aus der Kontribution aus dem Kreis der allgemeinen Deckungsmittel dieses Etats herausfallen. Es giebt in unserer Militärfinanzverwaltung noch eine sehr dunkle Ecke, das ist die Verwendung der von Frankreich für die Okkupationsarmee seiner Zeit gezahlten Verpflegungsgelder. Angeblich wegen besonderer Schwierigkeiten ist noch nicht der Anfang einer Rechnungslegung darüber vorhanden. Wie man hört, sind aus jenen Geldern Dotationen an Offiziere und Beamte gezahlt, Offizierskasinos dotirt, auch für mehr als eine Million Thaler die Konserve-Fabrik in Mainz erbaut. Amtlich wissen wir von letzterer gar nichts. Es heißt, nicht das Reich besitzt sie sondern, was mir unverständlich ist, das 3. Armeecorps habe das Eigentum, die Verwaltung und betreibe dieselbe auch jetzt mittelst besonderer Beamten. Eine besondere Interpellation darüber behalten wir uns vor. Noch in anderer Richtung hätte die Regierung auf dem von uns eingeleiteten Wege behufs Deckung des Defizits vorgehen sollen. Die Prüfung der Bestände bei der Marine hat in zwei Jahren uns erhebliche Ersparnisse möglich gezeigt. Dieselbe Prüfung muß nun nach Aufführung der Pauschquantumswirtschaft auf die Militärverwaltung ausgedehnt werden. Dem widerstreitet allerdings ein gewisser Nestort- oder Dezernatpatriotismus. Derselbe sucht sich möglichst viel Fonds, unbekümmert um die allgemeine Finanzlage, übertragbar zu erhalten und für die folgenden Jahre zur bequemeren Wirtschaft zu reserviren. (Nedner weist im Einzelnen nach, wie man bei übertragbaren Fonds im Etat pro 1875 12½ Millionen mehr gefordert und erhalten habe. Am Ende selbigen Jahres hätten aber 17 Millionen auf das Jahr 1876 übertragen werden können, theils als Nestfonds von 1875, theils als Nestfonds aus der 1874 ablaufenden Pauschquantumswirtschaft. Der Hauptteil komme auf die seiner Zeit besonders tapfer verteidigten Fonds für Munitionswesen.) Gelegentlich haben wir auch erfahren, daß sich bei der Generalmilitärfässle noch entbehrliche Depositen aus früheren Grundstücksveräußerungen finden. Mittelst eines etwas scharen Besents können so allein aus Nestbeständen der Militär-Bernhaltung noch mehr als 10 Millionen zusammengelebt werden. Ich komme zu dem Schluss, daß zur Vermeidung der Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht nur 24 Millionen, sondern eine noch höhere Summe an Deckungsmitteln zur Auswahl vorhanden ist und daß die Regierung auf die Benutzung dieser Deckungsmittel theils durch gesetzliche Bestimmungen, theils durch Resolutionen dieses Hauses, theils durch die bisherige Praxis hingewiesen war. Wir erklären daher hierdurch auf das Bestimmteste, daß wir die geforderte Erhöhung der Matrikularbeiträge auch nicht zur Hälfte bewilligen wollen, sondern die bis-

ten." Für 10 Millionen Deckungsmittel habe ich nachgewiesen, die auch im nächsten Jahr wieder vorhanden sind. Werden dazu gewisse einmalige überflüssige Bestände genommen, so ist dies durchaus rationell, da in einem so großen Haushalt auch künftig überflüssige Bestände bald an dieser, bald an jener Stelle zur Entscheidung kommen müssen. Allerdings so glücklich ist unsere Finanzlage durchaus nicht, daß die vorhandenen Deckungsmittel uns von einer scharfen Prüfung der Ausgaben auch in materieller Beziehung entbinden. Wir hätten als Mehrheit schon manche Ausgabe bereits früher gestrichen. Die Mehrheit wird aber manche neue Ausgabe streichen müssen, schon weil sie für spätere Jahre Mehrforderungen nach sich zieht. Beispielsweise der dreizehnten Infanteriehauptmann. Damit wird das Prinzip eingebürgert, Offizierstellen, die man nur für den Krieg bedarf, gleichwohl schon für den Frieden herzustellen. Das Prinzip tritt in diesem Jahre um so nötiger auf, als der Offizier nicht zugleich wie im vorigen Jahr bei dem Vortrag eine Verwendung im Landwehrbereitschaftskommando erhalten soll, was allerdings besondere Unzuträglichkeiten hat. Wenn die Franzosen eine stärkere prima plana haben als wir, so bleiben sie an der Mannschaftszahl in den Kadres um so mehr zurück (Redner verliest einen Bericht des preußischen Generalstabsoffiziers Jaehn über die französische Armee, wonach dieselbe effektiv um mehr als 80,000 Mann 1875 und 1876 hinter der deutschen Armee zurückgeblieben ist und die Kompanien mitunter weniger als 40 Mann stark sind.) Wir haben die volle Präsenzstärke. Das neue Militärgebot verhindert uns, auch in solchen Jahren Ersparungen zu verlangen, wie sie bis zum Militärgebot die Regierung selbst vorgenommen hat. Eine absolutistische Regierung würde in solcher Zeit Ersparungen vornehmen. (Sehr wahr!) Uns ist blos das Recht geblieben, Vermehrungen der prima plana zu bewilligen und bei der dadurch bedingten einseitigen Stellung zum Budget sollten wir in der Ausübung dieses Rechts zurückhaltend sein. Uebrigens läßt sich das französische Offiziercorps mit dem deutschen nicht so schlechtweg vergleichen. Das Einjährig-Freiwilligen-Institut vermag dort nicht aufzukommen und damit fehlen dort die Reserve- und Landwehr-Offiziere. Unser stehendes Heer soll nur die Schule für den Krieg sein und seine Ergänzung durch Reserve und Landwehr finden. Wir haben noch bei weitem nicht die etatsmäßige Anzahl Lieutenants, eine Vermehrung der Hauptmannsstellen erweitert die Lücken unter den Lieutenants er schwert deren Kompaniedienst, während die neuen Hauptleute fast nichts zu thun haben. Die Erhöhung der Zahlmeistergehälter empfiehlt sich schon finanziell. Mit der Erhöhung der Arztgehälter sind wir einverstanden, wenn man durch Streichung einer guten Anzahl ohnehin vakanter Assistenzarztstellen die etatsmäßige Zahl der Aerzte vermindert. Auf jeden derselben kommen jetzt im Durchschnitt nur 6 bis 7 Kranken. Dem Abg. Lasker bemerke ich, es handelt sich nicht um eine neue Unteroffiziersschule, sondern um Einrichtung von Unteroffizier-Vorschulen. Für den Unteroffizierstand kann noch manches geschehen, aber Knaben von 14 Jahren schon von der Familie zu trennen und einer militärischen Erziehung in solchen Schulen zu übergeben, ist pädagogisch falsch, heißt wie bei den Kadettenanstalten einen militärischen Kulturgeist fördern. (Sehr richtig!) Die geringere Bildung der Unteroffiziere wird darüber noch schwerer hinwegkommen als die höhere Bildung der Offiziere. (Sehr wahr!) Zudem will man die Knaben verpflichten, bei Strafe der Kostenrestitution, für jedes Jahr Schule späterhin zwei Jahre zu dienen. Im Marineefat treten neue im Flotten-Gründungsplan nicht vorgesehene Extra-Ordinarien hervor. Außerdem scheint das Maß der Indiensitzung der Schiffe über diesen Plan hinauszugehen. Redner schildert sodann, wie der Minister auf einem Umwege die vor zwei Jahren abgelehnten neuen See-Artillerie-Kompanien einzuführen sucht; er tadelt aus den Ziviletsats die seit sechs Jahren zum vierten Mal vorgenommenen Erhöhungen der Botshaftergehälter in London und Petersburg. Wir müssen uns um so mehr vor neuen Ausgaben hüten, als schon der bisherige Rahmen der Verwaltung von selbst Ausgabesteigerungen nach sich zieht. Allerdings werden auch die Einnahmen des Reichs von selbst steigen, wenn die gegenwärtige Gewerbstaxe überwunden ist. Aber die natürliche Ausgabevermehrung soll dieser Einnahmesteigerung nicht voranreilen. Heutzutage muß auch die Reichsverwaltung sparsam sein. Zudem ist auch eine Steuerreform dringend nothwendig, die aber nicht mit einer Steuervermehrung verbunden sein darf, die Aufhebung der Salzsteuer muß den Angelpunkt jeder Steuerreform abgeben. Zum Ruhme wird es der Reichsverwaltung niemals gereichen, daß sie auch in der Milliardenzeit nicht verstanden hat, diese kulturfeindliche ungerechte Steuer zu beseitigen. Schutzzölle sind allmählig herabzufügen, die Finanzzölle zu vereinfachen. Landestempelsteuern auf das Reich zu übernehmen — diese Frage läßt sich allgemein nicht entscheiden. Jedenfalls können Stempelsteuern und Verbrauchssteuern nicht, wie der Abgeordnete Lasker meint, von Jahr zu Jahr normiert werden, das Verkehrsinteresse verbietet dies. Börsensteuern kann man nicht ohne Immobilienstempel auf das Reich übernehmen. Ueberdies sind diese Steuern wenig einträglich. Nur unschuldigen konservativen Wähler-Versammlungen kann man darstellen, Börsensteuern vermöchten die Gerechtigkeit herzuführen und das Christenthum vor der Ueberflutung des Judentums zu schützen. Direkte Steuern auf das Reich zu übernehmen, weise ich nicht ab. Der konervative Steuerplan geht darauf hinaus, die indirekten Steuern an sich zu vermehren, die Matrikularbeiträte aufzuheben und den Einzelstaaten es zu ermächtigen, den Kommunalverbänden Theile ihrer direkten Steuer zur Verminderung der Kommunalsteuern zu überlassen. Selbst wenn bei dieser Ueberleitung alles dem Steuerzahler zu Gute kommt, heißt dies nichts anderes, wie die Steuerlast der großen Menge, d. h. der minderwohlhabenden, durch Vermehrung der indirekten Steuern erhöhen, zum Zwecke einer Entlastung der wohlhabenderen Klassen in ihren Einkommensteuern und Realsteuern. Außerdem wollen im Gegentheil zu den Konservativen wir in den Matrikularbeiträten eine von der jährlichen Beschlusssatzung des Reichstages abhängige Einnahmequelle erhalten wissen. Ohne einer d. Ausgabeverweigung folgenden Einnahmeerlaß hat das Ausgabewilligungsrecht keine Bedeutung. Ziemlich die fundamentalgesetzgebung des Reiches fortschreitet und dadurch der Reichsfanzler für die laufende Verwaltung alle Vollmachten erhält, bedarf der Reichstag eines solchen Rechts der Regierung gegenüber zur Erhaltung der Uebereinstimmung der Regierung mit dem Reichstag. Der Reichstag hat nicht so viel Rechte, daß er auf die thatsächliche Ausübung irgend eines Rechts verzichten kann. Das Interesse an einem angesehenen und einflußreichen Reichstag ist nicht blos ein freiheitliches, sondern auch ein einheitliches, weil zum Mittel der deutschen Einheit ein solcher Reichstag nicht minder gehört wie ein einheitlicher und im Volk beliebter Monarch. — Mit diesem Budget sind geachteter viel Fragen zusammen, daß es mir nicht möglich erscheint, die Etatsfestsetzung vor dem Beginn des Etatsjahres in den wenigen und erübrigenden Tagen fertig zu stellen. Von Jahr zu Jahr hat man uns dazu einen knapperen Zeitraum gelassen. Wenn wir uns dadurch auf eine immer übereilte Behandlung des Budgets drängen lassen, so verliert die Regierung dadurch selbst das Interesse, den Etat rechtzeitig vorzulegen. Das Interesse der Steuerzahler erheischt eine sachliche und gründliche Prüfung, und einer solchen empfehlen wir Ihnen die von uns gemachten Vorschläge. (Lebhafter Beifall links.)

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagnér in Bösen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 10. März. Das Abgeordnetenhaus beschloß in seiner heutigen Sitzung in die Spezialdebatte über die Anträge auf Revision des Preßgesetzes einzutreten und nahm nach den Anträgen des Ausschusses die bezüglichen beiden Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung der Strafprozeßordnung und des Preßgesetzes an. Bei der Berathung der letzteren Vorlage wurden die Paragraphen 5, 6 und 7, welche die Auf-

Unser Mitglied Herr

Simon Ephraim

ist gestorben. Zur Beerdigung desselben, die heute Montag Nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause Wallischei Nr. 67 68 stattfindet, werden die Mitglieder hiermit eingeladen.

Der Vorstand.

Restaurant Tunnel.

Heute und folgende Tage konzert und Auftreten des neu engagirten Gesangs- und Charakter-Komikers Herrn Koppe sowie der Chansonejängerin Fräulein Elsa.

Aufgang 7 Uhr. Entrée à Person 25 Pf.

B. Jaensch.**Telegraphische Börsenberichte.****Bonds-Course.**

Berlin, 11. März. Privatverleih. Kreditaktien 244, 50 a 245, 00 a 244, 50, Franzosen 374, 50 a 375, 00 a 374, 50, Lombarden 133, 50 a 133, 00. 1860er Loosse 98, 00, Silberrente 55, 25, Papierrente 51, 40, Goldrente 60, 80, Italiener 72, 60, 5pro. Türkens — Rumäniens —, Russ. Stamm-Pr. —, Amerik. —, Köln-Mindener Bahn —, Bergisch-Märk. Bahn 75, 90, Rheinische Bahn 105, 50, a 105, 25, Galizier —, Laurahütte 65, 00 a 64, 90 Darmstädter Bank —, Diskonto-Kommandit 104, 50 a 104, 60, Deutsche Bank 86, 70, Reichsbank —, 5pro. Russen 83, 40.ziemlich fest, aber sehr geschäftsflos.

Nachbörse: Lomb. 133, 50, Goldrente 0,00.

Frankfurt a. M., 10. März. Fest. Geringes Geschäft.

[Schlusscourse.] Londoner Wechsel 204, 60. Pariser Wechsel 81, 45. Wiener Wechsel 164, 30 Böhmisches Westbahn 139, 4. Elisabethbahn 109. Galizier 172, 4. Franzosen *) 1861. Lombarden *) 66, 1. Nordwestbahn 92, 5. Silberrente 55, 1. Papierrente 51, 1. Russische Bodencredit 79, 5. Russen 1872 84. Amerikaner 1885 102. 1860er Loosse 97, 1864er Loosse —, Kreditaktien *) 122, 1. Oesterl. Nationalbank 675, 00. Darmst. Bank 96. Berliner Bankver. 92. Frankf. Wechselbank —. Oesterl.-deutsche Bank —. Weininger Bank 74, 5. Hess. Ludwigsbahn 91, 1. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 136, 50, Ung. Schatzanw. alt 83, 1. do. do. neue 80, 1. do. Ostb. & Ob. B. 56, 1. Centr.-Pacific 98, 1. Reichsbahn 157, 1. Goldrente 61.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 122, 1. Franzosen 186, 1860er Loosse —, Lombarden —, Reichsbank —, Galizier —.

*) per medie resp. per ultimo.

Aber 18 [Effekten-Societät.] Kreditaktien 122, 1. Franzosen 187, 1860er Loosse 98, 1. Silberrente —, Papierrente —, Goldrente 61, 1. Galizier —. Reichsbahn 158, 1. Nationalbank 677. Lombarden 66, 1. Fest.

Bien, 10. März. Still und Reservirt. Franzosen mehr gefragt, Renten behauptet, Deviten steifer.

[Schlusscourse.] Papierrente 62, 90. Silberrente 67, 95. 1854er Loosse 106, 25. Nationalbank 826, 00. Nordbahn 1810, 00. Kreditaktien 149, 00. Franzosen 227, 50. Galizier 210, 50. Kasch.-Öderberg 85, 50. Pardubitzer —. Nordwestb. 112, 75. Nordwestb. Lit. B. —. London 121, 20. Hamburg 60, 50. Paris 49, 20. Frankfurt 60, 50. Amsterdam 103, 00. Böhmisches Westbahn —. Kreditloose 164, 25. 1860er Loosse 108, 70. Lomb. Eisenbahn 80, 00. 1861er Loosse 131, 70. Unionbank 50, 00. Anglo-Austr. 70, 50. Napoleons 9, 90. Dukaten 5, 90. Silbercoups 112, 80. Elisabethbahn 132, 70. Ung. Prämieneanl. 71, 50. Marknoten 60, 85.

Türkische Loosse —, Goldrente 74, 50.

Nachbörse: Feierl. Kreditaktien 149, 40. Franzosen 227, 50, Lombarden 80, 00. Galizier 210, 75. Anglo-Austr. 71, 25. Papierrente —, Goldrente 74, 60. Marknoten 60, 82, 1. Napoleons 9, 89, 1.

Wien, 10. März. Offizielle Notirungen: Silberrente 68, 00. 1861er Loosse —, Kreditloose —, 1854er Loosse —, London 124, 20. Paris —, Hamburg —, Franzosen —, 00. Nordwestbahn —, —, Dukaten —, —, Nationalbank —, 00.

Wien, 10. März. Abendbörse. Kreditaktien 149, 40. Franzosen 227, 50. Lombarden 80, 00. Galizier 210, 75. Anglo-Austr. 71, 25. Silberrente —, —, Papierrente 63, 05. Goldrente 74, 60. Marknoten 60, 82, 1. Napoleons 9, 89, 1. Geschäftsflos.

Paris, 10. März. Fest, aber still. [Schlusscourse.] 3pt. Rente 73, 90. Anleihe de 1872 107, 15. Italienische 5pro. Rente 72, 80. do. Tabaksaftionen —, —, do. Tabakobligationen —, —. Franzosen 465, 00. Lombard. Eisenbahn 171, 25. do. Prioritäten 236, 00. Türkens de 1865 12, 20. do. de 1865 64, 00. Türkische Loosse 35, 50.

Credit mobilier 148, Spanier exter. 11, 1. do. intér. 10, 1. Suezanl. Attien 687. Banque ottomane 377. Societe generale 490. Credit foncier 597, neue Egypter 178. Oesterl. Goldrente 62. Wechsel auf London 25, 14.

Paris, 9. März. Abends. Boulevard-Berfehr. 3pro. Rente 73, 67, Anleihe de 1872 106, 86. Türkens de 1865 12, 05. Egypter 177, 50. Banque ottomane —, —, Italiener 72, 50. Chemins egypt. 293, 75. Fest.

Die neue Anleihe der Stadt Marseille im Betrage von 80 Mill. Fr. welche durch den "Credit Foncier" emittirt wird, ist hier bis jetzt 62 Mill gezeichnet worden.

London, 10. März. Schluss sehr fest. Consols 96, 1. Italien. 5pro. Rente 72, 16. Lombarden 6, 1. 3 prozent. Lombarden-Prioritäten alte 9, 1. 3 prozent. Lombarden-Prioritäten neue 9, 1. 5pro. Russen de 1871 81, 1. do. de 1872 83, 1. do. 1873 83, 1. Silber 55, 1. Türk. Anleihe de 1865 12, 1. 5pro. Vereinigl. St. 1885 106, 1. do. 5pro. fund. 107, 1. Oesterl. Silberrente 55, 1. Dukaten. Papierrente 52, 1. 6pro. ungar. Schatzbonds II Empr. 79, 1. 6pro. Peruana 17, 1. Spanier 11, 1.

Newyork, 10. März. [Schlusscourse.] Höchste Notirung des Goldgros 5, niedrigste 4. Wechsel auf London in Gold 4 D. 84, 1. Goldgros 4, 1. 1/2 Bonds per 1885 108. do. 5pro. fund. 110, 1. 1/2 Bonds per 1887 112, 1. Erie-Bahn 7, 1. Central-Pacific 105, 1. Newyork Centralbahn 96.

Produkten-Course.

Danzig, 10. März. Getreide-Börse. Wetter: Frost bei klarer Luft. Wind: Nord.

Weizen Ioto ist am heutigen Markt fest geweitet und sind 200 Tonnen zu getreideten Preisen verlaufen worden. Die Zufuhr war inzwischen und ist bezahlt für blaustrig 128 Pf. 205 M., roth 124 Pf. 214 M., hellfarbig 126, 7, 127 Pf. 218 M., glasig hochbunt 130, 131, 132 Pf. 223 M., extra fein hochbunt glasig 133, 4 Pf. 227 M. per Tonne. Termine ebenfalls fest. April-May 214 M. Od., Mai-Juni 215 M. Od., Juni-Juli 218 M. Od. Regulierungspreis 216 Mark.

Roggen Ioto unverändert, russischer etwas teurer. Verkauft wurde inländischer 124 Pf. zu 164 M., russischer 118 Pf. 147 M., 119 Pf. 148 M., 120 Pf. 148, 149 M., 121 Pf. 150 M. per Tonne. Termine April-May 157 M. Br., untervolmijcher 157 M. — Gerste Ioto groÙe 115, 6 Pf. 158, 1% M., kleine 106 Pf. 140 M. per Tonne bezahlt. — Erbsen Ioto Mittel zu 135, 136 M. per Tonne gekauft. Termine Futter- April-May 136 M. Br., 133 M. Od. — Spiritus Ioto 52, 25 M. Br. — Petroleum loco 18 M.

Verlegers, des Druckers und des Verbreiters einer Druckschrift bestreift, abgelehnt.

Der "Politischen Korrespondenz" aufgezeigt, sind die Osterferien des Reichsrathes für die Zeit vom 25. d. bis zum 19. April in Aussicht genommen. Die Landtage werden auf den 4. April zu einer kurzen Session einberufen.

Best.

10.

März.

Der

Ministerrath

hat

gestest,

die

Session

des

Reichstags

in

nächster

Woche

zu

schließen,

un-

mittelbar

darauf

die

neue

Session

zu

eröffnen

damit

so-

gleich

nach

den

Ferien

über

die

Ausgleichsvorlagen

verhandelt

wer-

den

kann.

Der

Gesetzentwurf

betreffend

die

Friedensgerichte

wird

von

der

Tagesordnung

abgezett.

Nom.

10.

März.

Kardinal

Ferrieri

ist

an

Stelle

des

Kardinals

Bonaparte

zum

Kamerlengo

des

heiligen

Kollegs

ernannt

worden,

die

Ernennung

wird

in

dem

am

nächsten

Montag

stattfindenden

Kon-

feren-

zien

verkündet

werden.

In

der

Deputiertenkammer

welche

die

Beratung

des

Gesetzentwurfs

betreffend

den

obligatorischen

Elemen-

tarunterricht

fortsetzte

wurden

vom

Ministerpräsidenten

Gesetzentwurf

betreffend

den

obligatori-

schen

Elemen-

tarunterricht

wurden

vom

Ministerpräsidenten

Gesetzentwurf

betreffend

